

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 24.06.2004
	Schriftführerin Telefon-Nr. Sabine Biesenbach 02202/142847
Niederschrift	
	Sitzung am Dienstag, dem 22. Juni 2004
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:34 Uhr – 18:26 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigegefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	
Bereich Soziales	
A <u>Öffentlicher Teil</u>	
1.	Genehmigung der Niederschrift vom 11.03.2004 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
2.	Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus den Sitzung vom 11.03.2004 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil- <i>294/2004</i>
3.	Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-
4.	Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil- <i>314/2004</i>
5.	Jugendarbeitslosigkeit in Bergisch Gladbach <i>278/2004</i>
6.	Aufenthaltsbereiche für Menschen mit besonderen Problemlagen <i>299/2004</i>
7.	Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift vom 11.03.2004 im Bereich Soziales - nichtöffentlicher Teil-**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -nichtöffentlicher Teil-**

Bereich Soziales

A Öffentlicher Teil

Aufgrund der anwesenden Besucher beschließt der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) im Anschluss an die Beratung des öffentlichen Teils des Bereichs Jugend unmittelbar den öffentlichen Teil des Bereichs Soziales zu beraten.

Frau Bendig eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 17:34 Uhr

1 Genehmigung der Niederschrift vom 11.03.2004 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Die Niederschrift der Sitzung vom 11.03.2004 wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

2 <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung vom 11.03.2004 im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Der Durchführungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

3 <-@ Mitteilungen der Vorsitzenden im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Bezug nehmend auf die Personalmitteilungen aus dem Fachbereich 5 – *Jugend und Soziales* weist Frau Bendig auf das Ausscheiden von **Herrn Dietmar Nickel** hin, der lange Jahre als „Sozialamtsleiter“ die Sozialhilfe in der Stadt Bergisch Gladbach mit geprägt hat. Sie würdigt ihn als einen langjährigen, kompetenten und hoch akzeptierten Mitarbeiter.

Auf Anregung von Herr Hoffstadt bitten die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) die Vorsitzende, Herrn Nickel den Dank und die Anerkennung des Ausschusses persönlich zu überbringen. Frau Bendig sagt ein Telefonat mit Herrn Nickel zu.

4 <-@ Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Unter Bezug auf Punkt 1 der Mitteilungsvorlage weist Herr Hastrich auf den für den 01.07.2004 terminierten Workshop im Rahmen der bundesweiten Initiative „Lokale Bündnisse für Familien“ hin, zu der die Bürgermeisterin interessierte Fraktionsmitglieder über die Fraktionsvorsitzenden eingeladen hat. Herr Hastrich bittet die Fraktionen um Rückmeldung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, soweit dies noch nicht

geschehen ist.

Zu Punkt 2 verweist Herr Hastrich auf die zur Sitzung verteilte Tischvorlage und teilt mit, dass sich seit der Präsentation in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 11.02.2004 kein wesentlich neuer Sachstand ergeben hat.

Derzeit beschäftigt sich der Vermittlungsausschuss erneut mit der Thematik. Falls bis Anfang Juli 2004 keine hinreichende Rechtsgrundlage geschaffen wird, ist es kaum möglich die Neuregelungen zum 01.01.2005 in Kraft treten zu lassen. Zwischen den kommunalen Trägern der Sozialhilfe des Rheinisch-Bergischen Kreises und der Agentur für Arbeit wird derzeit beraten, welche provisorischen Lösungen für den Eintritt dieses Falles denkbar sind, damit einerseits Hilfeempfängerinnen und Hilfeempfängern Leistungen gewährt werden können und andererseits eine spätere Verrechnung und Erstattung zwischen den Leistungsträgern vorgenommen werden kann.

Herr Kotulla beleuchtet die finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Bergisch Gladbach im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten von „Hartz IV“. Der Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach sollte durch „Hartz IV“ um 2 Mio. € entlastet werden. Diese Größenordnung ist bei der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2004 auch eingearbeitet gewesen. Im Laufe der Haushaltsberatungen 2004 wurde erkennbar, dass die Haushaltsentlastung nicht greifen würde. Somit war der Haushalt um dieses Volumen wieder zu belasten.

In die Finanzplanung für das Jahr 2005 wurde eine Entlastung des städtischen Haushalts um 3 Mio. € eingearbeitet.

Herr Kotulla berichtet, dass auch auf Kämmerertagungen, an der Kämmerer mehrerer Bundesländer teilgenommen haben, einstimmig von einem großen von Bundestag und Bundesrat zu verantwortenden Durcheinander gesprochen wird und die Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte nicht absehbar sind.

Herr Kotulla kündigt an, dass er für das Jahr 2005 nicht bereit sein wird, von den Zusagen, die den Kommunen im Zusammenhang mit der Reform der Arbeitslosen- und Sozialhilfe gemacht wurden, abzuweichen und Deckungsmöglichkeiten für fehlende Mittel vorzuschlagen.

Herr Hoffstadt teilt die Auffassung des Kämmerers und bezeichnet es als „Katastrophe“, dass die Reformvorhaben nicht wie ursprünglich angekündigt umgesetzt wurden.

<-@

5 Jugendarbeitslosigkeit in Bergisch Gladbach

@-> Herr Schnöring dankt für die Mitteilungsvorlage. Im Zusammenhang mit der Pressemitteilung des *Arbeitskreises Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe* weist er darauf hin, dass in den Beratungsstellen für Jugendliche bereits Personalstunden abgebaut werden, weil deren Finanzierung nicht länger möglich ist. Seitens der Stadt Bergisch Gladbach sieht er geringe Möglichkeiten, Einfluss nehmen zu können. Im Interesse der arbeitslosen und Ausbildungsplatz suchenden Jugendlichen sollte der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als Fachausschuss mit dem Thema beschäftigt bleiben.

Frau Schöttler-Fuchs lenkt das Augenmerk darauf, dass die Arbeitslosenzahlen steigen. Deshalb sollte unbedingt ein Weg gefunden werden, die Qualifizierungsmaßnahmen, die in Bergisch Gladbach zur Verfügung stehen, zu erhalten. Frau Schöttler-Fuchs stellt den Antrag, die Bürgermeisterin möge Kontakte zu Betrieben aufnehmen, um für Jugendliche in Bergisch Gladbach weitere Praktikanten- und Ausbildungsstellen zu rekrutieren.

Herr Broch berichtet, dass die Schulen die steigenden Arbeitslosenzahlen mit Sorge verfolgen. Das Landesprojekt *Betrieb und Schule (BUS)* wird an der Hauptschule Ahornweg, der Wilhelm-Wagener-Schule und der Integrierten Gesamtschule Paffrath durchgeführt und läuft an den genannten Schulen erfolgreich. Dennoch ist es schwierig, die Jugendlichen dauerhaft in Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisse zu bringen. Sollten nun die berufsvorbereitenden Maßnahmen wegbrechen, hat dies weitere negative Folgen für die Jugendlichen. In dem Zusammenhang sei zu bedauern, dass kein Vertreter der Bundesagentur für Arbeit mehr an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) teilnimmt.

Herr Dehler ergänzt, dass es für die Jugendlichen wichtig ist, durch feste Bezugspersonen, die nicht laufend wechseln, begleitet zu werden.

Herr Hastrich sagt zu, die Agentur für Arbeit noch einmal auf die Wahrnehmung ihres Sitzes im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) anzusprechen und im Hinblick auf die Zusammenarbeit dazu zu bewegen, wieder an den Sitzungen teilzunehmen.

Frau Wöber-Servaes schließt sich dem Appell von Frau Schöttler-Fuchs an. Sie empfindet es als erschütternd, wenn künftig benachteiligte junge Menschen auf der Strecke bleiben, um deren Förderung sich bislang die Jugendberufshilfe durch gezielte Maßnahmen schnell und flexibel kümmern konnte. Sie erinnert daran, dass rechtzeitiges Bemühen dazu beiträgt, auf Dauer hohe Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe zu vermeiden.

Herr Schnöring möchte wissen, in welchen Bereichen und wie viele Ausbildungs- und Praktikantenplätze die Stadt Bergisch Gladbach selbst anbietet, um auf diese Weise Vorbildfunktion zu übernehmen.

Herr Kotulla sagt zu, diese Anfrage schriftlich zu beantworten. Er führt aus, dass die Stadtverwaltung sowohl im Verwaltungs- als auch im technischen Bereich ausbildet; jedoch derzeit keine Übernahmegarantie nach abgeschlossener Ausbildung geben kann.

Herr Hastrich spricht auch im Zusammenhang mit dieser Thematik „Hartz IV“ an. Im Vorgriff auf diese gesetzlichen Regelungen ist festzustellen, dass bereits Fördermaßnahmen abgebaut wurden, bevor neue Strukturen geschaffen worden sind. Auch dies ist Gegenstand der gemeinsamen Beratungen kommunaler Vertreter und der Direktion der Bergisch Gladbacher Agentur für Arbeit. Für die Zukunft von Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen kündigen sich laut Herrn Hastrich Probleme dadurch an, dass Bundes- und Landesmittel nicht mehr wie bisher zur Verfügung stehen werden und manche Maßnahme nur dann aufrecht zu erhalten sein werden, wenn die ausfallenden Bundes- und Landeszuschüsse durch kommunale Mittel ersetzt werden. Davon abgesehen, dass dies den Kommunen in der gegenwärtigen Haushaltslage

schwer fallen bis unmöglich sein wird, führte dies auch zu einer Verschiebung von Verantwortlichkeiten im Bereich der Bundesaufgaben; weg von der eigentlich zuständigen Agentur für Arbeit hin zu den Kommunen. Im Zuge der Eigenverantwortung im Rahmen des zu erwartenden SGB II und SGB XII und der Verpflichtung aus der Jugendhilfe heraus wird die Stadt bemüht sein, mit Trägern im Gespräch zu bleiben und Sinnvolles zu tun. Insofern wird die Anregung, den Pakt für Ausbildung auf Stadtebene zu verfolgen, aufgenommen.

Herr Hoffstadt spricht den Aspekt an, dass Arbeitgeber seit Jahren beklagen, dass Jugendliche im Hinblick auf die Beherrschung von Kulturtechniken schlecht qualifiziert aus der Schule entlassen werden. Daher sei die Frage zu stellen, welche Maßnahmen zur Sozialisation wann zu ergreifen sind, um erkennbar gefährdete Jugendliche rechtzeitig zu fördern.

Herr Hölzl, Vorsitzender der AG 78, nimmt ab 17:50 Uhr als Gast an der Sitzung teil.

Herr Broch berichtet, dass seitens des Landes erhebliche Mittel für die Klassen 5 und 6 bereitgestellt werden und damit der Einsicht gefolgt wird, dass schulisches Lernen nur über die Beherrschung von Sprache erfolgen kann. Die Förderung geschieht in Klein- und Kleinstgruppen nach vorheriger individueller Diagnose.

Bezüglich der Standardsicherung vertritt Herr Broch die Auffassung, dass trotz der Klagen der Arbeitgeber viele Jugendliche Ausbildungen begonnen und auch zu Ende geführt haben.

Zunehmend fehlen aus seiner Sicht in Deutschland Arbeitsplätze für geringer qualifizierte Menschen, um sie in die Lage zu versetzen, aus eigener Anstrengung ihren Lebensunterhalt verdienen zu können.

Zudem sei festzustellen, dass Jugendliche offene Ausbildungs- oder Arbeitsstellen nicht antreten, lieber weiter halbtags das Berufskolleg besuchen und nebenbei jobben – also falsche Prioritäten setzen.

Herr Sellmann macht auf die hohe Zahl von Jugendlichen aufmerksam, die ihre Ausbildung abbrechen oder Ausbildungsstellen wechseln. Er appelliert aus der Sicht der Justiz an die Verantwortlichen, Jugendwerkstätten und Jugendberatung als wichtige berufsvorbereitende Einrichtungen zu stärken. Viele Jugendliche erlangen hier elementare Kenntnisse, stärken ihr Selbstbewusstsein und schaffen teilweise von hier aus den Sprung in andere Maßnahmen. Es solle nicht verkannt werden, dass ein Zusammenhang besteht zwischen der Beschäftigung von Jugendlichen und ihrer Neigung straffällig zu werden.

Aus seiner Sicht ist der Umgang mit Schulverweigerern ein dringend aufzugreifendes Thema.

Herr Schnöring führt hierzu aus, dass es in Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis keine Projekte zum Umgang mit Schulverweigerern gibt, jedoch in anderen Kommunen Maßnahmen durchgeführt wurden. Er regt an, diese Projekte im Rahmen einer Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vorzustellen und in Zusammenarbeit mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis zu prüfen, ob eine Übertragbarkeit möglich ist.

Hierzu teilt Herr Hastrich mit, dass die Jugendamtsleiter im Rheinisch-Bergischen

Kreis das Thema beraten haben. Gemeinsam mit der Schulaufsicht soll untersucht werden, wie Jugendhilfe und Schule mit dieser Klientel umgehen könnten. Sodann soll es eine gemeinsame Veranstaltung für Lehrkräfte, Schulleitungen und Bezirkssozialarbeiter zum Umgang mit Schulverweigerern geben.

Nach Ansicht von Frau Wöber-Servaes haben die Firmen aufgrund der dünner werdenden Personaldecke nicht mehr die Kapazitäten, sich der Ausbildung von Jugendlichen zu widmen. Firmen, die sich, wie im Technologiepark, zu Ausbildungsverbänden zusammenschließen, könnten durch gemeinsame Anstrengungen dazu beitragen, Jugendlichen Ausbildung zu bieten. Selbst wenn eine Übernahme nach der Ausbildung nicht garantiert werden kann, haben die Jugendlichen zumindest eine abgeschlossene Berufsausbildung vorzuweisen.

Herr Pfarrer Kern verlässt die Sitzung um 18:07 Uhr.

<-@

6 Aufenthaltsbereiche für Menschen mit besonderen Problemlagen

@-> Frau Schöttler-Fuchs dankt für die Mitteilungsvorlage und stellt fest, dass die Situation weiter beobachtet werden solle. Ansonsten sieht sie keinen aktuellen Handlungsbedarf.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

<-@

7 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Soziales -öffentlicher Teil-

@-> Anfragen werden nicht gestellt.

Frau Bendig dankt den Ausschussmitgliedern und der Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit während der 6. Ratsperiode. Insbesondere dankt sie Herrn Broch für seine Mitarbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Er wird sich neuen beruflichen Herausforderungen stellen und Bergisch Gladbach verlassen.

Die Vorsitzende verabschiedet die Studierenden der Kath. Fachhochschule Köln mit ihrem Dozenten und bedankt sich für ihr Interesse an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) der Stadt Bergisch Gladbach.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Soziales um 18:13 Uhr.

<-@